

Kobanê retten!

- **Den Widerstand unterstützen, nicht den westlichen Imperialismus!**
- **International gegen IS, Krieg und Kapitalismus - Für Arbeitereinheit und sozialistische Demokratie!**



Was tun!

Die SAV tritt ein für den Aufbau einer großen Solidaritätsbewegung für den linken Widerstand gegen den Islamischen Staat, die den politischen Druck auf Bundesregierung, Türkei,

USA erhöht, sowie Hilfsgüter und Gelder sammelt, die den Menschen in Rojava zu Gute kommen. Auch die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden brauchen unsere Solida-

rität, auch dabei ihre Proteste gegen Übergriffe von Salafisten, türkischen Faschisten und deutscher Polizei zu schützen.

Eine solche Bewegung könnte um folgende Forderungen aufgebaut werden:

- Solidarität mit Rojava und dem Widerstand der dortigen Bevölkerung
- Unterstützung für alle multiethnischen und multireligiösen Selbstverteidigungskräfte von ArbeiterInnen und Armen, die sich religiös oder ethnisch motivierten Angriffen und Unterdrückung entgegen stellen
- Sofortige Aufhebung des Verbots der PKK und anderer kurdischer Organisationen in Deutschland; Streichung der PKK von der EU-Terrorliste
- Organisierung von Spendensammlungen und Hilfslieferungen für Rojava durch die internationale Gewerkschaftsbewegung und DIE LINKE
- Sofortiger Abzug der Bundeswehr-Einheiten aus der Türkei
- Keine Waffenexporte an die Türkei und die Barzani-Regierung im Nordirak, Einstellung sämtlicher militärischer und polizeilicher Zusammenarbeit mit der Türkei
- Öffnung der türkisch-syrischen Grenze für alle Flüchtlinge aus Syrien und alle, die aus der Türkei und aus Rojava nach Kobane wollen, um den Kampf zu unterstützen
- Nein zur Festung Europa und zum mörderischen Grenzregime – Flüchtlinge aufnehmen statt sie zu bekämpfen
- Kein Vertrauen in die imperialistischen Regierungen – Nein zur Intervention von USA, NATO, Türkei und arabischen Regimes in Syrien



Für eine kämpferische und sozialistische LINKE

Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info 030 / 247 238 02 info@sav-online.de [facebook.com/sozialistischealternativesav](https://www.facebook.com/sozialistischealternativesav)

Eine politische Alternative entwickeln

– Für Arbeitereinheit und sozialistische Demokratie

Der „Islamische Staat“ ist ein Produkt der westlich-imperialistischen Intervention im Nahen und Mittleren Osten und der unterdrückerischen, konfessionell oder nationalistisch geprägten Regimes in der Region. Das Schicksal der Menschen im Nahen Osten und die Frage, ob der so genannte „Islamische Staat“ zurück gedrängt werden kann, hängt davon ab, ob die imperialistische Dominanz der Region, Rivalitäten der konkurrierenden regionalen Eliten und die Spaltung der einfachen Bevölkerung entlang ethnischer und religiöser Linien überwunden werden können.

Die Hoffnung vieler Menschen auf US-Luftangriffe gegen den IS mag verständlich sein. Aber alle Erfahrungen mit dem Eingreifen der imperialistischen Staaten zeigen: erstens handeln diese nur im eigenen geostrategischen und wirtschaftlichen Interesse und nicht für Frieden, Demokratie und die sozialen Rechte der Bevölkerung in der Region. Zweitens verschärfen sie die Spaltungen und treiben Menschen in die Arme der Islamisten, weil diese sich als Kämpfer gegen den Imperialismus präsentieren können. Deshalb ist es ein schwerer Fehler, wenn YPG-Führer die USA nun als Partner im Kampf für Demokratie und soziale Rechte bezeichnen.

Der IS ist stark geworden nicht weil plötzlich so viele Menschen von einem radikal-islamischen Virus infiziert wurden, sondern weil er sich als Ausdruck eines Aufbegehrens von Sunniten gegen Unterdrückung und Diskriminierung geben kann. Die einfachen sunnitischen ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen müssen deshalb mit einem Programm und einer Strategie erreicht werden, das die gemeinsamen sozialen Interessen aller einfachen Menschen unabhängig von Religion und ethnischer Zugehörigkeit in den Mittelpunkt stellt. SozialistInnen verteidigen deshalb nicht nur diejenigen Menschen, die zur Zeit vom IS angegriffen werden, sondern auch SunnitInnen, die gerade von

schütischen Kräften attackiert werden, wie es in Teilen des Iraks passiert.

Der Versuch eines demokratischen Selbstverwaltungsprojekts in Rojava könnte ein Ansatz dafür sein, eine Alternative aufzubauen, die sich auf die unabhängige Bewegung der ArbeiterInnen und Armen stützt und den Anspruch einer multiethnischen Gesellschaft mit Minderheitenrechten und der Gleichstellung der Frau erfüllt. Würde in Rojava ein Schritt weiter gegangen und eine wirkliche Selbstverwaltung durch die arbeitende Bevölkerung in der, sicherlich schwachen, Ökonomie eingeführt, könnte das die Ausstrahlungskraft enorm erhöhen und möglicherweise einen neuen Impuls für den „stecken gebliebenen“ Prozess der arabischen Revolution geben. Dies wäre umso mehr der Fall, wenn sich die Bevölkerung in den Selbstverwaltungsstrukturen und die linken Organisationen der KurdInnen nicht an die westlichen Regierungen, sondern an die internationale Arbeiterbewegung mit ihren Appellen ein solcher Appell, konkret vorgetragen in Versammlungen und Gremien von Gewerkschaften und linken Parteien in Europa und anderen Ländern, könnte auf einen Widerhall stoßen. Das wäre umso mehr der Fall,

wenn Massenmobilisierungen der Kurdinnen und Kurden in der Türkei weitergehen und in anderen Teilen Rojawas, sowie im Iran und Irak stattfinden würden.

Eine solche Bewegung müsste sich die Einheit der einfachen Menschen – von ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen, prekarierten Armen – auf die Fahnen schreiben und für den Aufbau von multi-ethnischen Selbstverteidigungsmilizen, Gewerkschaften und Arbeiterparteien eintreten. Den religiös geprägten und/oder mit imperialistischen Mächten paktierenden Regierungen könnte die Idee einer Regierung von demokratisch gewählten VertreterInnen der Arbeitenden und Armen entgegen gestellt werden. Der imperialistischen Dominanz und Herrschaft von Klanführern, regionalen Großgrundbesitzern und Kapitalisten und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen könnte eine sozialistische Demokratie und eine freiwillige Föderation sozialistischer Länder in der Region entgegen gestellt werden, in der die Mehrheit der Menschen demokratisch entscheidet, wie die Ressourcen ihrer Länder eingesetzt werden. Das ist die einzige Perspektive, um dem Kreislauf von ethnischen Bürgerkriegen, islamistischen Diktaturen und imperialistischen Kriegsinterventionen ein Ende zu bereiten!



SAV-Mitglieder bei Kobanê-Demonstration in Düsseldorf